

Rechtssicherheit bei Stellenbesetzungsverfahren

Viel Arbeit, Ärger und Imageschäden kann die Verwaltung vermeiden, wenn bei Stellenbesetzungsverfahren nicht nur die wichtigsten Gesetze, sondern auch die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt werden. Vielfach wird bei der Durchführung von Stellenbesetzungs-/Auswahlverfahren die Bedeutung des Art. 33 Abs. 2 und 4 GG in seiner vollen Tragweite nicht erkannt. Das zeigen die meisten Urteile, bei denen die Arbeitgeber unterlagen. Das Seminar zeigt in Auswertung zahlreicher verwaltungs- und arbeitsgerichtlicher Urteile, welche Fehler von der Ausschreibung einer Stelle bis zum Abschluss des Stellenbesetzungsverfahrens auf jeden Fall vermieden werden können. Dabei sollen insbesondere die Fragen der Teilnehmer Berücksichtigung finden.

Schwerpunkte

- Rahmen der Stellenausschreibung (intern/extern)
- Wichtige Inhalte der Ausschreibung
- Auswahlverfahren (u. a. Berücksichtigung von Bewerbungen, Auswahlkriterien)
- Auswahlentscheidung und Umfang der Dokumentation, notwendiger Inhalt eines Auswahlvermerks
- Kommissarische/vorübergehende Besetzung der Stelle
- Gerichtliche Überprüfung der Auswahlentscheidung (u. a. einstweiliger Rechtsschutz, Haftung bei Verstoß gegen Bewerbungsverfahrensanspruch)
- Fragen und Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden

Preis

170.00 € zzgl. 19% MwSt.

Referent/-in

Hans Bertels

Verwaltungsdirektor **Hans Bertels**, Dozent von BITEG-Seminaren seit 1997

Seminarteilnehmende

Personalamt, Rechtsamt, Personalvertretung, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertreter

Ort und Datum

Online

19-11-2024 (09:00 - 14:00 Uhr)